



# Der größte Raubzug aller Zeiten

oder:  
Die sittenwidrige Ausbeutung  
des Staates durch die Kirche



Liebe Leser,

**wussten Sie schon, dass die beiden Großkirchen Jahr für Jahr vom deutschen Staat mit ca. 15 Milliarden Euro subventioniert werden?**

Zusätzlich zur Kirchensteuer und zusätzlich zur staatlichen Finanzierung der kirchlichen Sozialwerke, die ohnehin fast komplett vom Staat, das heißt von allen Steuerzahlern, finanziert werden.

Oder wussten Sie schon, dass einem Kirchensteuerzahler beim Eintritt in den Ruhestand durchschnittlich 100.000 bis 150.000 Euro fehlen, die er einschließlich Verzinsung im Laufe seines Arbeitslebens an die Kirche bezahlt hat? Dazu ist das zahlende Kirchenmitglied ja freiwillig bereit.

Die Milliardensubventionen an die Kirchen müssen jedoch unfreiwillig alle Steuerzahler aufbringen, und das ist Teil der sittenwidrigen Ausbeutung des Staates durch die Kirche.

Wie ist es dazu gekommen und was ist zu tun? Lesen Sie „Der größte Raubzug aller Zeiten oder die sittenwidrige Ausbeutung des Staates durch die Kirche“.

**Der größte Raubzug aller Zeiten**  
oder  
**Die sittenwidrige Ausbeutung des Staates**  
**durch die Kirche**

Deutschland ist gegenwärtig so hoch verschuldet wie noch nie. Bund, Länder, Kommunen und gesetzliche Sozialversicherung haben insgesamt Schulden in Höhe von 1,7 Billionen Euro, das sind 1700 Milliarden Euro. Die Rettungsaktion für die Banken und die Wirtschaft führten fast zum Staatsbankrott. Jetzt fehlt das Geld für die Armen im Lande, die Hartz IV-Empfänger, für kinderreiche Familien und allein erziehende Mütter. In manchen Gemeinden werden bereits Schwimmbäder geschlossen, Schulgebäude vergammeln und Kindergartenplätze fehlen. Die öffentliche Hand muss sich massiv einschränken.

Doch zwei öffentliche Institutionen schöpfen unvermindert aus dem Vollen: die beiden Amtskirchen, die vom deutschen Staat jährlich Milliarden kassieren – für kirchlichen Religionsunterricht, für kirchliche Militärseelsorge, für die Ausbildung von Theologen, für die Gehälter von Bischöfen und Prälaten, für die Restaurierung von Kirchen und vieles andere mehr. Zum Beispiel auch dafür, dass im Freiburger Dom der Altarraum und der Bischofsthron von Robert Zollitsch für 450.000 Euro renoviert

werden; oder dafür, dass in der Trierer Konstantin-Basilika eine Orgel für 868.000 Euro installiert wird; oder dafür, dass der Regensburger Bischof Müller in seinem Dom den Bischofsessel für 100.000 Euro vom Rand in die Mitte des Altarraums rückt; oder dafür, dass sich der Passauer Bischof Schraml als Altersresidenz eine 280 qm große Wohnung zur Verfügung stellen lässt (*DER SPIEGEL* Nr. 30/2010).

Aufgebrachte Steuerzahler sagen: Die leben ja wie die Maden im Speck, und zwar auf unsere Kosten. Neuerdings sind auch einige Politiker aufgewacht: Sie wollen die großzügigen Dotationen (= „Schenkungen, Zuwendungen, Mitgift“) an die Kirchen kürzen. Da steht Ärger ins Haus.

Die Kirchenvertreter berufen sich auf alte Verträge und Konkordate. Bischof Ludwig Müller aus Regensburg spricht gar von „populistischer Stimmungsmache“. Und der EKD-Sprecher Reinhard Mawick drückt die Angst um den Verlust der Pfründe mit dem Satz aus: Es handle sich bei den Zuschüssen nicht um staatliche Geschenke an die Kirche, sondern um Rechtsverpflichtungen. Wir sehen also: Die Kirche verteidigt ihre uralten Pfründe und rechtfertigt sie mit einem Ereignis, das bereits 200 Jahre zurückliegt, der sogenannten „Säkularisation“, der Übertragung von kirchlichem in staatliches Eigentum im Jahr 1803.

Doch mit welchem Recht verlangt der Klerus eine „ewige Rente“ vom Staat? Was bedeutet es, dass im deutschen Grundgesetz steht, dass die Staatsleistungen an die Kirchen „abzulösen“ sind? Wie kam die Kirche überhaupt zu ihrem Vermögen, für dessen teilweisen Entzug vor 200 Jahren sie noch heute Entschädigung verlangt?

### *Es begann mit Kaiser Konstantin*

Es fing schon bei Kaiser Konstantin an. Als Anfang des 3. Jahrhunderts aus den frühen Christen eine kirchliche Organisation geworden war, fand der römische Kaiser aus rein politischen Gründen an ihr Gefallen und machte sie zur Staatsreligion.

Die kirchlichen Emporkömmlinge ergriffen die Gelegenheit beim Schopf: Der Staat stellte Kirchengebäude zur Verfügung, zog Kirchensteuern ein und rottete religiöse Konkurrenten blutigst aus. Nicht nur Heiden, sondern auch jenen Teil der Christen, die noch echte Nachfolger des Nazareners waren, den Kriegsdienst verweigerten und vegetarisch lebten. Die an die Macht gekommene Kirche sorgte bald für mehr christliche Märtyrer als alle römischen Kaiser zuvor. Der Staat wurde zu einem Instrument kirchlicher Machtausübung und Bereicherung.

Der Name Konstantin spielt ja im Machtspiel der Kirche auch noch Jahrhunderte später eine bedeutsame Rolle, in Form der so genannten konstantinischen Schenkung. Im 8. Jahrhundert wurde nämlich in kirchlichen Kreisen eine Urkunde herumgereicht, derzufolge Kaiser Konstantin dem damaligen Papst Silvester I. und dessen Nachfolgern zum Dank für die Spendung der Taufe und die Heilung vom Aussatz ein großes Geschenk gemacht haben soll – das größte, das man sich überhaupt vorstellen kann: den Lateranpalast sowie die Herrschaft über Rom und alle Provinzen, Gebiete und Städte Italiens und über alle Provinzen im Westen des Römischen Reiches, also praktisch über ganz Westeuropa.

Der Frankenkönig Pippin war davon so beeindruckt, dass er darauf hin im Auftrag des Papstes die Langobarden aus Oberitalien vertrieb und dem Papst die eroberten Gebiete überließ, und damit die Grundlagen für den so genannten Kirchenstaat legte. Anfang des 13. Jahrhunderts diente dann diese Urkunde Papst Innozenz III. zur Legitimierung und Verteidigung seiner Besitzansprüche auf diesen Kirchenstaat.

Erst im 15. Jahrhundert stellte sich dann heraus, dass das Ganze ein riesiges Betrugsmanöver war. Die Schenkungsurkunde war eine glatte Fälschung. Aber es dauerte noch einmal 400 Jahre, bis die römisch-katholische Kirche dies

endlich zugab. Der Kirchenstaat entstand also nicht nur auf Bergen von Leichen, sondern auch aufgrund des größten Betrugs der Weltgeschichte.

### *Ewige Knechtschaft*

Um diesen Kirchenstaat entsprechend prunkvoll auszustatten, ging man dann dazu über, ganze Länder auszuplündern. Ein Beispiel: Im Jahr 1452 ermächtigte Papst Nikolaus V. in einer Bulle den portugiesischen König, „die Länder der Ungläubigen zu erobern, ihre Bewohner zu vertreiben, zu unterjochen und in die ewige Knechtschaft zu zwingen“ (zit. nach Friedhelm Othegraven, *Litanei des Weißen Mannes, Struckum 1986, S. 101*).

Ewige Knechtschaft. Mit diesen Worten zeigt der Katholizismus seine wahren Absichten, seine wahren Ziele – und das bis zum heutigen Tag – auf. Mit dem ersten Gold aus der Südamerika-Beute der Kirche ließ Papst Alexander VI. die Decke von Santa Maria Maggiore in Rom verzieren (*S. 115*).

Das ist nur eines von unzähligen Beispielen. Die geraubten Goldschätze hat man bis heute nicht zurückgegeben. Der größte Teil wurde eingeschmolzen. Was die Päpste im Großen machten, leisteten sich selbstverständlich die Fürstbischöfe im Kleinen. Auch sie gingen auf Raubzug und bereicherten sich an Grund und

Boden und den sonstigen Schätzen ihres Landes. Für die angebliche Vergebung ihrer Sünden durch einen Priester und die angebliche himmlische Belohnung überschrieben Menschen aller Jahrhunderte all ihren Besitz der Kirche, dazu sich selbst oft als Leibeigene. Die Einwohner ganzer Dörfer und Städte wurden auf diese Weise zu Kirchensklaven. Oft waren es die Klöster, die den Menschen alles genommen haben, indem sie sie bis aufs Blut ausbeuteten. Oder sie erschlichen sich ganze Ländereien durch Urkundenfälschung oder Erbschleicherei.

### *Der Reichtum der Kirche ist Blutgeld*

Das Vermögen der im Krieg gefallenen Kreuzfahrer fiel häufig an die reichen Klöster, denen sie vor Antritt der bewaffneten Wallfahrt ihre Burgen verpfändet hatten, um sich Geld für entsprechende Ausrüstung zu besorgen. Auch das Hab und Gut der unzähligen in der Inquisition und Hexenverfolgung hingerichteten Menschen wurde zwischen Bischof und katholischen und evangelischen Fürsten aufgeteilt. Die Opfer mussten sogar ihren Schauprozess, ihre Folterqualen und ihren Henker aus eigener Tasche bezahlen. Auch das Vermögen der Kinder der Ermordeten ließ die Kirche einziehen. Um schneller an das Geld der Menschen zu kommen, presste die kirchliche Inquisitions-



behörde ihren Opfern bekanntlich in der Folter Geständnisse ab. Aus dem Blutgeld der Inquisition konnte z. B. Papst Johannes XXII. im Jahre 1317 sechs neue Bistümer kaufen (mehr dazu z. B. in der Schrift *Reichtum der Kirche ist Blutgeld*; [http://www.freie-christen.com/reichtum\\_der\\_kirche\\_ist\\_blutgeld.html](http://www.freie-christen.com/reichtum_der_kirche_ist_blutgeld.html)).

Der Autor Henry Charles Lea schreibt in seinem Buch „*Geschichte der Inquisition*“: „Hätten nicht alle Beteiligten an der Inquisition, also am Raubmord an Andersgläubigen, gut verdient, wäre die Inquisition bald im Sande verlaufen. Denn viele Menschen, auch Fürsten, fühlten in ihrem Inneren, dass hier der Papst etwas Teuflisches angeordnet hatte.“ (S. 597)

Dennoch hat die Kirche nie daran gedacht, von dem, was sie durch Betrug, Ausbeutung und durch Raubzüge erworben hat, etwas zurückzugeben, bis das Jahr 1803 herannahte. Es ist das Jahr der Säkularisation. Was passierte da eigentlich? Im Jahr 1803 kam es zu Enteignungen kirchlichen Besitzes.

### *Die Säkularisation*

Es ist die Zeit der napoleonischen Kriege. Das deutsche Reich, bestehend aus einer Vielzahl von Kleinstaaten unter der Herrschaft von Herzögen, Kurfürsten und Fürstbischöfen, war Napoleon unterlegen. Dabei hatten einige

Reichsfürsten ihre linksrheinischen Gebiete an das Frankreich Napoleons verloren. Dafür sollten sie auf Napoleons Verlangen hin entschädigt werden. Frankreich und Russland arbeiteten einen Entschädigungsplan aus. Danach wurde Kirchengut, also Stifte, Abteien, Klöster und Bistümer, die im rechtsrheinischen Gebiet lagen, den Reichsfürsten übertragen, die links des Rheins Verluste erlitten hatten.

Das war eine ungewöhnliche Konstellation. Dieses Mal waren es die Kirchen, die etwas hergeben mussten. Aber im Gegensatz zu den Opfern ihrer eigenen Raubzüge sollten sie im Rahmen dieser von Napoleon verordneten Eigentumsübertragung entschädigt werden. Das Dokument, in dem dies festgelegt ist, ist der so genannte Reichsdeputationshauptschluss vom 25.2.1803. Und darauf berufen sich die Kirchenjuristen seit 200 Jahren, wenn es darum geht, dass der Steuerzahler dem Kirchenpersonal ein sorgenfreies Leben finanziert.

In Anknüpfung an das Dokument von 1803 wurden in endloser Folge seit Beginn des 19. Jahrhunderts Konkordate und Kirchenverträge geschlossen, und zwar mit beiden großen Kirchen, die im 20. Jahrhundert verlängert und erneuert, aufgestockt und erweitert wurden. Vergünstigungen wurden auf Vergünstigungen getürmt, bis hin zu den Gebühren- und Steuer-

befreiungen der Kirchen in Höhe von jährlich ca. eineinhalb Milliarden Euro, die ebenfalls diesen Altlasten zugerechnet werden.

**Ja, aber da stellt sich nun wirklich die Frage: Soll das ewig so weitergehen? Wenn diese Unterhaltszahlungen und Vergünstigungen als Entschädigungsleistungen gedacht waren – irgendwann ist doch die Entschädigung einmal bezahlt? Oder nicht?**

*Einmal muss Schluss sein*

Deshalb stand bereits in der im Jahr 1919 beschlossenen Verfassung der Weimarer Republik, dass diese Staatsleistungen an die beiden Großkirchen abzulösen sind. Und die Väter und Mütter des Grundgesetzes übernahmen 1949 dieses Gebot.

Doch die entsprechenden Gesetze blieben bislang aus. Die Politiker wagten es bis heute nicht, an die Kirchenpründe zu rühren. Das wird in der öffentlichen Diskussion jetzt vielfach übersehen: Es geht nicht nur um eine prozentuale Kürzung dieser Altleistungen, sondern um deren Ablösung insgesamt. Gegen diese Ablösungspflicht wurde jedoch durch jeden neuen Kirchenvertrag und jedes neue Konkordat immer wieder neu verstoßen. Am dreistesten geschah dies durch das Konkordat, das Bayern im Jahr 1924 mit dem päpstlichen Nuntius Pacelli, dem späteren Papst Pius XII.,

abschloss. 1924, also fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Gebots der Weimarer Reichsverfassung, wonach die Staatsdotationen an die Kirchen abzulösen seien, wurde in diesem Konkordat vereinbart: „Im Falle einer Ablösung oder Neuregelung ... sichert der bayerische Staat die Wahrung der kirchlichen Belange durch Ausgleichszahlungen zu ...“

Es handelte sich also um einen glatten Verfassungsbruch, denn es wurde auf Dauer festgeschrieben, was eigentlich abzulösen war. Auch mit Adolf Hitler schloss die Kirche 1933 ein Konkordat, in dem alle bisherigen Privilegien festgeschrieben wurden und zudem noch der für die Kirche äußerst bequeme Einzug der Kirchensteuer durch die Wirtschaftsunternehmen eingeführt wurde.

Doch auch nach dem Zweiten Weltkrieg gingen die Fortschreibungen weiter. Im Osten Deutschlands wurden nach der Wiedervereinigung zwischen den neuen Bundesländern und den Kirchen sofort Verträge über Staatsleistungen geschlossen, obwohl dort nur noch weniger als 25 % der Bevölkerung Kirchenmitglieder sind. Kündigungsmöglichkeiten sind in all diesen Verträgen nicht vorgesehen; sie können angeblich nur geändert oder aufgehoben werden, wenn die Kirche zustimmt.

Doch ist das nicht sittenwidrig, wenn ein Vertrag nie kündbar sein soll? Ist dies nicht eine

Strangulierung des Vertragspartners, im vorliegenden Fall praktisch der deutschen Steuerzahler, die mit ihrem Geld für die Erfüllung solcher Verträge aufkommen müssen?

Eingedenk der oben wiedergegebenen historischen Fakten ist die Tendenz, andere zu versklaven, in der katholischen Institution ja auch keineswegs neu. Sie hat den römischen Sklavenhandel übernommen und verteidigt. Und in einer päpstlichen Bulle hat sie ihn, wie erwähnt, für die Ureinwohner fremder Länder noch einmal ausdrücklich gebilligt. Der Kirchenstaat schaffte die Sklaverei als letzter europäischer Staat erst 1838 offiziell ab.

### *Die Säkularisation ist längst abbezahlt*

Berücksichtigt man die oben geschilderte Vertragspraxis zwischen Staat und Kirche, so kommt man zu einem frappierenden Ergebnis: Die so genannten Altleistungen, auf die sich die Kirchen berufen, beruhen längst nicht mehr unmittelbar auf dem Reichsdeputationshauptschluss, sondern auf Verträgen, die erst im Anschluss daran abgeschlossen wurden, und das auch noch unter Verletzung der geltenden Verfassungen von 1919 und 1949. Im 19. Jahrhundert war der Abschluss solcher Verträge noch nicht untersagt. Wenn man genau hinschaut, war er aber auch nicht geboten. Denn

im Reichsdeputationshauptschluss von 1803 war als Dauerleistung nur die Unterhaltung der Domkirchen genannt. Bezüglich der Unterhaltszahlungen an die Geistlichkeit war es anders. Soweit sie in dem Dokument selbst geregelt waren, hieß es zum Beispiel in § 50 wörtlich: „Den sämtlichen abgetretenen geistlichen Regenten ist nach ihren verschiedenen Graden auf Lebenslang eine ihrem Range und Stande angemessene freie Wohnung mit Meublement und Tafelservice, auch den Fürstbischöfen und Fürststäbten des ersten Ranges ein Sommeraufenthalt anzuweisen; wobei sich von selbst versteht, dass dasjenige, was ihnen an Möbeln eigentümlich zugehört, ihnen gänzlich überlassen bleibe, dass aber, was dem Staate zugehört, nach ihrem Tod an diesen zurückfalle.“

Das heißt doch im Klartext: Mit den Dotationen war die damals lebende Geistlichkeit gemeint. Nirgends ist davon die Rede, dass die Unterhaltszahlungen nach deren Tod auf ihre Nachfolger übergehen. Die einzige längerfristige Verpflichtung bestand in der Ausstattung der verbleibenden Domkirchen.

Wenn man sich das alles so bewusst macht, dann bleibt einem die Luft weg. Denn dieses Dokument soll die Rechtfertigung dafür sein, dass der deutsche Staat jährlich Hunderte von

Millionen allein für die Gehälter von Bischöfen und Prälaten und der Unterhaltung von Priesterseminaren ausgibt. Im Jahr 2010 sind es knapp 500 Millionen. Im Verlauf der letzten 200 Jahre kamen auf diese Weise 100 bis 200 Milliarden zusammen. Und nicht nur Unterhaltsleistungen sollen mit der Säkularisation gerechtfertigt werden; auch Gebühren- und Steuerbefreiungen zugunsten der Kirchen, die gegenwärtig pro Jahr etwa eineinhalb Milliarden Euro betragen. Dabei ist der Staat total verschuldet und weiß nicht mehr, wo er das Geld hernehmen soll, die Milliarden für die Rettung von Banken und die Ankurbelung der Wirtschaft und für die finanziellen Mittel zur Unterstützung von Arbeitslosen, Hartz IV-Empfängern und kinderreichen Familien.

### *Endlich wachen Politiker auf*

Doch im Jahr 2010 sind einige Politiker offenbar aufgewacht. Laut einem Bericht des *SPIEGEL* gibt es in einigen deutschen Bundesländern Bestrebungen, mit den Kirchen über eine Kürzung der staatlichen Dotationen zu verhandeln. So fordert der schleswig-holsteinische FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki, die vertraglich vereinbarten Zuwendungen des Landes an die Kirchen um 10 bis 15 % zu senken.

Dabei darf man nicht vergessen, dass diese Zuwendungen nur ein Bruchteil der Gesamtzahlungen an die Kirchen ist. Staatliche Zuwendungen an die Kirchen erfolgen in so vielen Bereichen, dass sie kaum mehr überschaubar sind: vom staatlich finanzierten konfessionellen Religionsunterricht über die Militär- und Polizeiseelsorge, theologische Fakultäten, die Unterhaltung von Kirchen bis hin zu finanziellen Zuwendungen für Missionswerke, bestimmte Orden, für Medien und Kirchentage.

Nach Einschätzung von Fachleuten ergaben sich hierbei nach den zur Verfügung stehenden Statistiken direkte Zuwendungen aus Steuermitteln des Staates in Höhe von über 10 Milliarden Euro und staatliche Einnahmeverzichte zugunsten der beiden Kirchen in Höhe von über 5 Milliarden Euro.

Allein durch die Absetzbarkeit der Kirchensteuer von der Einkommensteuer verlor der Staat im Jahr 2004 3,7 Milliarden Euro.

Doch die Kirchen haben weitere Einnahmequellen von beträchtlichem Umfang. Zu den direkten Staatszuwendungen kommen nämlich noch Kirchensteuern in etwa gleicher Höhe und die Gewinne aus wirtschaftlichen Aktivitäten, ebenfalls in Milliardenhöhe, zum Beispiel durch Aktiengeschäfte, Immobiliengeschäfte, durch Banken und Versicherungen, Brauereien, Weingüter etc. Die Kirchen sind



Konzerne mit rund 50.000 Unternehmen in fast allen Branchen und einem Gesamtumsatz von über 100 Milliarden Euro.

Dennoch kommt aus den Reihen der Bischöfe sofort ein Aufschrei, wenn es darum geht, ob sie ihre Gürtel – oder richtiger: die Bauchbinden ihrer Soutanen – nicht etwas enger schnüren und sich der heutigen Notlage des Staatshaushalts und vieler Bürger anpassen sollten. Der Passauer Bischof Schraml hält die Frage nach der Größe seiner Altersresidenz für infam. Der Regensburger Bischof Ludwig Müller warnt vor einer „populistischen Stimmungsmache gegen die Kirche“. Dabei lässt er sich Überraschendes einfallen: Es gebe gar keine Leistungen des Staates an die Kirche. „Die Sache verhalte sich umgekehrt. Es gebe Leistungen der Kirche im schulischen oder sozialen Bereich für die Allgemeinheit, die vom Steuerzahler refinanziert würden.“

### *Das uralte Sozialmärchen*

Doch lassen wir uns nicht täuschen. Bischof Müller tischt uns hier ein uraltes Sozialmärchen oder vielmehr eine uralte Sozillüge der Kirchen auf, die längst widerlegt ist. Denn: Für öffentlich-soziale Zwecke geben die Kirchen nur etwa 5 bis 8 % ihrer Kirchensteuereinnahmen aus. Den Rest bezahlen die privaten

Nutzer, der Staat und die Krankenkassen. Den Religionsunterricht in staatlichen Schulen finanziert der Staat und soweit es um kirchliche Privatschulen geht, werden sie hoch subventioniert, sogar noch höher als andere Privatschulen. Auch auf diesem Weg erhalten die Kirchen zusätzlich zweistellige Milliardenbeträge.

Den Bischof Müller von Regensburg scheint die Realität bei seinen Angriffen gegen kirchenkritische Äußerungen kaum zu interessieren. So spricht er auch davon, dass die Entschädigungsleistungen für die rechtswidrige Enteignung des Kirchengutes „sehr gering“ seien. Wie wir schon festgestellt haben, waren es im Laufe der letzten 200 Jahre bis zu 200 Milliarden Euro. Die Enteignung war auch nicht rechtswidrig, sondern erfolgte durch ein Reichsgesetz, das Entschädigungsleistungen vorsah, die für die Kirchen inzwischen zum Geschäft ihres Lebens wurden.

A propos rechtswidrig. Ist den Kirchen wirklich so großes Unrecht geschehen? In der Zeit unmittelbar nach der Säkularisation war dies keineswegs die herrschende Meinung. So schrieb das Brockhaus-Lexikon des Jahres 1824 zum Beispiel wörtlich: „Die Säkularisation enthält, aus rechtlichem Gesichtspunkt betrachtet, durchaus nichts Ungerechtes, da die geistlichen Regenten nicht durch den Willen

der von ihnen regierten Völker, sondern durch bloße Anmaßung zu ihrer Herrschaft gelangt waren, mithin kein wohl erworbenes Recht hatten.“ Und Mayer's Konversationslexikon, ein Standardwerk, das nicht von Revoluzzern herausgegeben wurde, stellte 1851 fest, dass die „geistlichen Regenten in der Regel wider den Willen der von ihnen regierten Völker durch Anmaßung, Erbschleicherei, List und Betrug und dergleichen zu ihrer Herrschaft und zu ihren Reichtümern gelangt sind.“ Und deshalb „für die Herrschaft der Geistlichen weder ein vernunft-rechtlicher noch ein positiv-rechtlicher Grund angeführt werden kann.“ Soviel zu dem furchtbaren Unrecht, das den Kirchen laut Bischof Müller durch die Säkularisation widerfahren sei.

### *Kirchliche Indoktrination und die Folgen*

Aber der Bischof beklagt sich nicht nur über Eigentumsverluste. Durch die Säkularisation sei vielmehr eine „Zerstörung des gesamten katholischen Bildungssystems“ erfolgt, die „die Gesellschaft seinerzeit teuer zu stehen gekommen“ sei. Es mag ja richtig sein, dass ursprünglich vor allem Klosterschulen das Monopol darauf erhoben, den Kindern lesen und schreiben zu lernen. Doch darauf beschränkte sich der Unterricht nicht. Sie wurden auch mit dem zürnenden und strafenden Gott der katholischen

Kirche konfrontiert, der noch heute viele Kinderseelen vergiftet. Und sie wurden auch an die kirchliche Auffassung von Ethik und Moral herangeführt: den brutalen Umgang mit den Tieren, die rücksichtslose Vernichtung von „Ketzer“, die Rechtfertigung von Krieg, Mord und Totschlag, wenn die Kirche ihren Segen dazu gab. Nicht der Verlust des kirchlichen Bildungssystems kam der Gesellschaft teuer zu stehen, wie der Bischof meint, sondern die Existenz der kirchlichen Indoktrination wurde zum Verhängnis der Gesellschaft. Sie ist noch heute von der Natur- und Tierverachtung der Kirche geprägt, die zur jetzigen Klimakatastrophe führte. Und im vorigen Jahrhundert bezahlten die Völker mit Millionen von Toten für die kirchliche Segnung blutiger Feldzüge in den beiden Weltkriegen.

Und was war Mitte des vorigen Jahrhunderts in Kroatien? Rund 700.000 orthodoxe Serben wurden mit stillschweigender Billigung des Papstes hingemordet. Vor all dem kann man die Augen nicht verschließen: Die Kirche erwies sich immer wieder als die Speerspitze der negativen bösen Kraft in dieser Welt. Der bekannte Kirchenkritiker und vielfach preisgekrönte Historiker Karl-Heinz Deschner schreibt deshalb: „Nach intensiver Beschäftigung mit der Geschichte des Christentums kenne ich in Antike, Mittelalter und Neuzeit, einschließlich und besonders des 20. Jahr-

hundreds, keine Organisation der Welt, die zugleich so lange, so fortgesetzt und so scheußlich mit Verbrechen belastet ist, wie die christliche Kirche, ganz besonders die römisch-katholische Kirche.“ (*„Die beleidigte Kirche“*, Freiburg 1986, S. 42 f.)

### *Subventionierung von Sittenlosigkeit?*

Noch einmal zurück zum kirchlichen Bildungssystem. Was davon zu halten ist, erleben wir ja in der Gegenwart auf besonders drastische Weise, wenn man an die Sexualverbrechen und Prügelorgien im Kloster Ettal, im Canisiusinstitut der Jesuiten in Berlin, in zahllosen katholischen und lutherischen Internaten, Kinder- und Jugendheimen denkt.

Wir haben oben festgestellt, dass die Geschäftsgrundlage für säkularisationsbedingte Staatsleistungen längst weggefallen ist, weil längst alles entschädigt ist, was die Kirchen jemals verloren haben. Aber hier stellt sich noch eine weitere Frage: Ist es eigentlich legitim, dass der Staat mit Steuergeldern einen Klerus finanziert, dessen Sittenlosigkeit offenbar keine Grenzen mehr kennt und dessen Verbrechen von den Bischöfen so lange wie nur irgend möglich vertuscht werden? Es geht längst nicht mehr um Einzelfälle und auch nicht nur um Deutschland oder Österreich, wo vor einigen Jahren sogar ein Kardinal als pädokrimineller

Unhold entlarvt wurde, sondern auch um die meisten anderen europäischen Länder, nicht zuletzt Italien. Jüngst wurde dort von römisch-vatikanischen Sexorgien von Priestern berichtet. Und als das Ganze aufkam, beklagte sich ein Kurienkardinal darüber, dass die Presse absichtlich einen Skandal provoziere und die bereits durch die bisherigen Missbrauchskandale angeschlagene Kirche erneut in Misskredit bringen wolle.

Ähnliche Aggressionen schlagen auch ehrlichen Leuten in den eigenen Reihen der Kirche entgegen. Ein Beispiel hierfür ist der Theologe David Berger, Mitglied der päpstlichen Akademie des Heiligen Thomas von Aquin. Er bekannte sich vor kurzem zu seiner Homosexualität, die bislang niemand bemerkt hatte und mit der er auch niemand belästigt hatte. Gleichzeitig warf er der katholischen Kirche eine „heuchlerische, bigotte“ Haltung zur Homosexualität vor. Der Vatikan entzog dem Theologen sofort seine Lehrbefugnis. Seine Ämter als Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift *Theologisches* musste er niederlegen.

### *Bischof schießt Eigentor*

Die geistlichen Herren in Regensburg und Rom sind es immer noch nicht gewöhnt, dass man auf die innerkirchlichen Missstände hinweist.

Als Skandal empfinden sie nicht die Sittenstrolche in den eigenen Reihen, sondern deren Aufdeckung. Ein typisches Beispiel ist wieder der schon erwähnte Regensburger Bischof Ludwig Müller. Er schreckte nicht davor zurück, Presseberichte über die sexuelle und körperliche Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen in der katholischen Kirche mit der Nazi-Propaganda gegen die Kirche zu vergleichen. Das wirkt besonders abstoßend, wenn man bedenkt, wie leicht sich die Kirche im Nazireich Hitlers gleichschalten ließ. Und vor allem, wenn man bedenkt, dass Hitlers Verbrechen an den Juden durch den katholischen Antisemitismus geistig vorbereitet wurden. Wie der amerikanische Historiker David Kertzer in seinem Buch *Die Päpste gegen die Juden* nachgewiesen hat, ist die Behauptung Papst Benedikts, dass die Ausrottung der europäischen Juden allein auf die neuheidnische Ideologie der Nationalsozialisten zurückzuführen sei, falsch. Wörtlich schreibt der Historiker: „Als Ende des 19. Jahrhunderts die modernen antisemitischen Bewegungen entstanden, gehörte die katholische Kirche, die ständig vor einer wachsenden jüdischen Gefahr warnte, zu den bedeutendsten Akteuren.“ (S. 12)

Der Historiker David Kertzer schildert, dass alle Elemente der modernen Judenhetze „von der katholischen Kirche nicht nur geduldet, son-

dern auch von ihren offiziellen und inoffiziellen Organen aktiv vertreten“ wurden. Und schließlich schreibt er: „Der Übergang von den mittelalterlichen Vorurteilen gegen die Juden zur modernen politischen antisemitischen Bewegung, der sich innerhalb weniger Jahrzehnte vor dem Holocaust vollzog, hatte in der katholischen Kirche einen seiner wichtigsten Architekten.“ (S. 16)

Wenn Bischof Müller kirchenkritische Presseorgane in die Nähe der Nazis rücken will, schießt er also ein gewaltiges Eigentor.

*„Es besteht keine Staatskirche“*

Das aggressive Verhalten, das Kirchenführer an den Tag legen, wenn es um ihre Pfründe geht, zeigt, dass sie offenbar immer noch nicht kapiert haben, dass die Zeit zu Ende geht, in der ihre schrankenlosen Privilegien selbstverständlich sind. Der Staat treibt für sie die Steuern ein, finanziert den konfessionellen Religionsunterricht, in Eichstätt in Bayern sogar eine ganze Universität; Kirchenvertreter sitzen in sämtlichen Rundfunk- und Fernsehräten, werden bei jedem neuen Gesetz gehört, sitzen bei jedem Staatsempfang in den ersten Reihen, Militärbischöfe führen das Staatswappen und der päpstliche Nuntius gilt protokollarisch als der erste Mann des diplomatischen Corps. Die Privilegien sind endlos und ver-



mitteln den Eindruck, als gebe es in Deutschland eine Staatskirche, obwohl im Grundgesetz das Gegenteil steht und die Trennung von Staat und Kirche verlangt wird.

Und diese Trennung ist auch wirklich notwendig. Die parasitäre Umklammerung des Staates durch die Kirchen gefährdet nämlich die politische Moral und den Staatshaushalt. Und dies nicht nur in Deutschland. Milliardenlöcher im deutschen Staatsäckel haben auch Negativwirkungen auf Europa. Wollen die steinreichen Kirchen notfalls sogar einen Staatsbankrott in Kauf nehmen, nur um jährlich weiterhin ihre über 15 Milliarden Euro einzuheimsen, die ihnen weder rechtlich noch moralisch zustehen?

Besonders absurd wirkt das in einem Land, in dem nur mehr ca. 7 % der Bevölkerung zum Sonntagsgottesdienst der so genannten Großkirchen erscheinen. Die Kirchenbänke sind leer und der staatliche Geldstrom kommt einer Kirchenbürokratie zugute, der die Gläubigen längst davongelaufen sind. Der Normalbürger fragt sich, ob das nicht alles eine sittenwidrige Ausbeutung des Staates ist. Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb am 22.8.2008: „Parteivor-sitzende werden von ihrer Partei, Gewerkschaftssekretäre von ihrer Gewerkschaft, die Unternehmensvorstände von ihrem Unterneh-

men bezahlt. Nur die leitenden Herren der Kirche, die Bischöfe, werden nicht von ihrer Kirche, sondern vom Staat bezahlt.“

Die Zeitung spricht von Anachronismus der Säkularisationsentschädigungen und fügt hinzu: „Wer vor 205 Jahren von Napoleon enteignet wurde, ist besser dran als derjenige, dem dies vor 60 Jahren durch die Sowjets geschah.“ Der erhält nämlich keine staatlichen Entschädigungen, und dies mit Billigung des Bundesverfassungsgerichts.

### *Gespart wird bei den Armen*

Das Ganze ist paradox und entspricht eher einem mittelalterlichen Staatsverständnis als einer liberalen Gesellschaft. Vor allem einer Gesellschaft, in der es immer mehr Arme gibt. Der Reichtum der Kirchen wird deshalb zum Politikum. Arbeitslosen, Wohngeldempfängern, Familien, Kommunen, Unternehmen – ihnen allen will die Bundesregierung in den nächsten Jahren Milliardenbeträge wegnehmen. Aber ausgerechnet die Kirche will davon verschont bleiben, dass ihre großzügige Alimentierung in Frage gestellt wird.

Es mag ja sein, dass in manchen Pfarreien das Geld ausgeht. Doch die Kassen der Diözesanbischöfe sind reich gefüllt – so reich, dass es gar nicht auffällt, wenn Millionen verschwin-

den. In der *Ausgabe Nr. 24/2010* des *SPIEGEL* war zu lesen: „Allein im Bistum Magdeburg sollen über 40 Millionen Euro verloren gegangen sein, in Limburg verschwanden 5 Millionen, in der Diözese Münster flogen 30 Schwarzkonten eines leitenden Geistlichen auf. Und während in ganz Deutschland Stellen und Mittel für die Gemeindegarbeit gestrichen werden, bleibt vielen Bischöfen kaum ein Wunsch unerfüllt. Eine nagelneue Residenz? Ein pompöser Alterssitz? Frischer Glanz für eine Mariensäule für 120.000 Euro? So etwas ist von Trier bis Passau kein Problem, die Kassen der Exzellenzen sind prall gefüllt.“ Und wie prall, das ist geheim. Nur der Bischof und seine engsten Vertrauten kennen diesen Schattenhaushalt, kein Finanzamt kann Einblick nehmen.

An diesen Schattenhaushalt kann man denken, wenn der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Dr. Robert Zollitsch sich dafür ausspricht, dass der Staat die Hartz IV-Sätze erhöht. Es gebe eine Verpflichtung, sich für menschenwürdiges Leben einzusetzen. Das stimmt. Aber da könnte die Deutsche Bischofskonferenz mit gutem Beispiel vorangehen und auf ein paar Milliarden ihrer staatlichen Zuschüsse verzichten, statt erneut den Staat um Hilfe zu rufen. Ähnliches gilt auch für den Vorsitzenden des Diakonischen Rats der evange-

lischen Kirche, der sich für erhöhte Zuschüsse für Arbeitslose und ihre Kinder einsetzt. In der evangelischen Kirche wäre genug Geld vorhanden, um den Staat bei der Arbeitslosenhilfe zu entlasten. Aber auch sie ruft lieber den Staat zu Hilfe.

### *Christlich ist das alles nicht*

Die reiche Kirche lässt sich also überreich vom Staat beschenken. Und sie zeigt damit einmal mehr, dass sie mit Jesus von Nazareth nichts zu tun hat und nicht „christlich“ ist, denn Jesus, der Christus, erhielt vom Staat nichts – außer einem Kreuz und einer Dornenkrone. Aber die Kirche macht mit dem Leid und dem Namen des Erlösers ihr Geschäft – bis zum heutigen Tag. Jesus sprach davon: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Das Reich der Kirche ist jedoch ausschließlich von dieser Welt. In den Bibel heißt es, dass der Teufel zu Jesus von Nazareth in der Wüste sprach: „All die Reichtümer der Erde will ich dir geben, wenn du von mir niederkniest und mich anbetest.“ „Satan, weiche von mir“, war die Antwort von Jesus, dem Christus. Wer Ohren hat, der hört. Und wer Verstand hat, der denke nach.

Manchmal spüren diesen Widerspruch zwischen Christus und Kirche selbst hart gesottene Vertreter des römisch-katholischen Kirchen-

konzerns. Als vor Jahren Joseph Ratzinger, als er noch Kardinal war, einmal gefragt wurde, ob sich die Kirche nicht zu sehr auf die Sicherung ihrer Erbhöfe, auf Geld und Immobilien konzentriere, antwortete er folgendes: „Da würde ich ihnen recht geben. Auch in der Kirche ist das Beharrungsvermögen ein sehr starker Faktor. Sie neigt infolgedessen dazu, einmal erworbenes Gut und erworbene Positionen zu verteidigen. Die Fähigkeit zu Selbstbescheidung und Selbstbeschneidung ist nicht in der richtigen Weise entwickelt. Ich glaube, dass uns das auch gerade in Deutschland trifft. Hier haben wir weit mehr kirchliche Institutionen, als wir mit kirchlichem Geist decken können ... Leider war es in der Geschichte immer so, dass auch die Kirche nicht die Fähigkeit hatte, selber das irdische Gut abzustoßen, sondern dass es ihr immer wieder genommen werden musste und dieses Genommenwerden ihr dann zum Heil gereichte“ (*Salz der Erde, Stuttgart 1996, S. 185*).

Man höre und staune. Wenn seine Kardinäle und Bischöfe auf ihn hören würden, dann müssten sie jetzt eigentlich aufhören zu jammern, wenn der Geldstrom des Staates an die Kirchen versiegen würde. Es würde ihnen ja zum Heil reichen. Doch seine schönen Worte hindern den jetzigen Papst nicht daran, seine Tresore weiter mit Goldbarren und Aktien zu füllen.

## **Vielleicht sollten wir uns noch einmal vergegenwärtigen:**

Eine Institution, die sich auf den großen Friedenslehrer Jesus von Nazareth beruft, tat 2000 Jahre lang das Gegenteil von dem, was Er verkündete: Sie führte unzählige Kriege bzw. stachelte dazu auf. Sie raubte sich in der ganzen Welt Schätze zusammen und, wo sie es nicht selber tat, ließ sie andere zu ihren Gunsten morden und plündern.

Sie berief sich auf Jesus von Nazareth. Doch sie wurde zur Speerspitze der negativen Kräfte dieser Welt. Nirgends gab es so viel Reichtum und Sittenlosigkeit. Niemand sage, das alles sei Vergangenheit. Der Reichtum der Kirche ist auch in Deutschland immer noch präsent. Und die Sittenlosigkeit eines Teils ihres Personals ebenfalls. Alles das genaue Gegenteil zur Lehre des Jesus von Nazareth.

Das Resümee ist eindeutig:

1. Was die Kirchen besitzen, haben sie im Lauf der Geschichte zum größten Teil zusammengeraubt oder ergaunert oder in den letzten 200 Jahren zu Unrecht vom Staat geschenkt bekommen.
2. Wenn sich die Kirchen „christlich“ nennen, ist dies ein Etikettenschwindel.

3. Dass der Staat noch heute den Kirchen Milliarden dafür bezahlt, dass Napoleon vor über 200 Jahren Kirchengüter enteignet und einigen Reichsfürsten übertragen hat, ist ein Anachronismus. Konkordate und Kirchenverträge, die solche Zahlungen in den letzten 100 Jahren fortschrieben, sind verfassungswidrig.

**In dieser Situation fragen wir die Politiker:**

Wollt ihr diese Kirche weiter zum Kostgänger des Staates machen und dem Klerus eine „ewige Rente“ bezahlen? Ist Euch die Kirchenbürokratie, der die Gläubigen scharenweise davonlaufen, immer noch wichtiger als soziale Gerechtigkeit gegenüber Hartz IV-Empfängern und kinderreichen Familien?

Warum verlangt ihr nicht von den Kirchen, dass sie sich selbst finanzieren, statt auf sittenwidrige Weise den Staat auszubeuten?

Denn es ist sittenwidrig, auf Verträgen mit ewiger Laufzeit zu bestehen.

**Da die Geschäftsgrundlage für staatliche Entschädigungsleistungen längst entfallen ist, kann der Staat die alten Vereinbarungen jederzeit kündigen, ja, er muss es sogar tun – im Interesse der Gerechtigkeit, des Gemeinwohls und des Grundgesetzes.**

# Die milliardenschweren Subventionen des Staates an die Kirchen (geschätzt):

## Verzicht auf Einnahmen

Steuerverluste durch Absetzbarkeit der Kirchensteuer (lt. Subventionsbericht der Bundesregierung)	2,79 Mrd.Euro
Steuerbefreiung der verfassten Kirchen	1,50 Mrd. Euro
<b>Verzicht auf Einnahmen insges.ca.</b>	<b>4,29 Mrd.Euro</b>

---

## Direkte Subventionen (unvollständig)

Konfession. Religionsunterricht in doppelter Ausfertigung (kath. und evang. an allen Schulen)	3,50 Mrd. Euro
Ausbildung der kirchlichen Theologen an staatlichen Universitäten und Unterhalt kirchlicher Fachhochschulen	0,65 Mrd. Euro
Kirchliche Ersparnis durch Einzug der Kirchensteuer durch Staat und Arbeitgeber	1,01 Mrd. Euro
Denkmalpflege (nur Anteil Bund und Länder)	0,24 Mrd. Euro
Seelsorge bzw. Mission in öffentlichen Einrichtungen (Militär, Polizei, Gefängnis, Anstalten)	0,08 Mrd. Euro
Weitere Staatszuschüsse aufgrund von Konkordaten und Kirchenverträgen (Gehälter, Kirchliche Hochschule Eichstätt u.a.)	0,83 Mrd. Euro
Zahlungen der ca. 15.000 Kommunen in Deutschland (geschätzt)	4,00 Mrd. Euro
Ausgaben öffentlicher Rundfunkanstalten für kirchliche Sendungen	0,20 Mrd. Euro
Zuschüsse an kirchliche Hilfs- u. Missionswerke	0,19 Mrd. Euro
Zuschüsse zur kirchlichen Kultur	0,02 Mrd. Euro
Sonstiges z.B. Orden, Medien, Kirchentage	0,09 Mrd. Euro
<b>Direkte Subventionen ca.</b>	<b>10,81 Mrd. Euro</b>

---

**Staatliche Subventionen an die Kirchen insgesamt** **15,1 Mrd. Euro**

### Quellen:

Carsten Frerk, Finanzen und Vermögen der Kirche in Deutschland, Aschaffenburg 2002; siehe auch: [http://bfg-muenchen.de/files/texts/steuersubventionen\\_kirche.pdf](http://bfg-muenchen.de/files/texts/steuersubventionen_kirche.pdf)

Gerhard Rampp, Bund für Geistesfreiheit Augsburg, [www.bfg-augsburg.de](http://www.bfg-augsburg.de)

[www.spart-euch-die-kirche.de](http://www.spart-euch-die-kirche.de)

[www.stop-kirchensubventionen.de](http://www.stop-kirchensubventionen.de)

[www.theologe.de](http://www.theologe.de)